economie feministe

Jahresbericht 2024

Impressum

Economiefeministe Plattform für feministische Ökonomie
Postfach, 3001 Bern
plattform@economiefeministe.ch

Vorstand

Danielle Axelroud, Theres Blöchlinger, Ursula Scheidegger, Regula Weber, Therese Wüthrich

Arbeitsgruppen

Altersvorsorge
Verantwortlich: Danielle Axelroud, Therese Wüthrich

Feministische Politische Ökonomie
Verantwortlich: Mascha Madörin, Christine Rudolf

Gender Budgeting
Verantwortlich: Christine Rudolf, Ursula Scheidegger

Staat und private Haushalte
Verantwortlich: Danielle Axelroud, Christine Rudolf

Statistik
Louisa Roos, Danielle Axelroud, Mascha Madörin

Geschäftsstelle

Doris Schumacher

Mitarbeit

Carola Eckstein, Tabea Kaderli, Gudrun Kaufmann, Ulrike Knobloch, Verena Löffler, Mascha Madörin, Louisa Roos, Christine Rudolf, Ursula Schmid, Lirija Seidi, Elisabeth Stiefel

Mitarbeit im Mandat

Gestaltung und Website: Claudia Bettinaglio, looksnice.ch
Moderation: Corina Alchenberger, alchenberger.ch
Korrektorat: Rieke Krüger

Inhaltsverzeichnis

Editorial 4

Berichte aus Arbeitsgruppen und Projekten 5

Altersvorsorge 5

Feministische Politische Ökonomie 6

Gender Budgeting 7

Jobgarantie und Grundeinkommen 8

Staat und private Haushalte 10

Economiefeministe in Zahlen 13

Eigenleistungen 13

Reichweite 13

BILANZ per 31.12.2024 14

Kommentar zur Jahresrechnung 2024 14

Faktenblätter 2024 16

Newsletter 2024 16

Veranstaltungen extern 2024 16

Editorial

Die Plattform Economiefeministe ist seit ihrem Entstehen im Laufe des Jahres 2020 immer noch ein Projekt im Aufbau – mit all den Erfahrungen der Vergangenheit, gelingt ihr eine schrittweise Konsolidierung. Allerdings bleibt die Suche nach Strukturen für eine geeignete und sachgerechte Arbeitsweise bestehen, um dem Anspruch nachzukommen, feministisch-ökonomisches Wissen zu erarbeiten, auszutauschen und zu verbreiten; insbesondere in Vernetzung und Zusammenarbeit mit Interessierten, Wissenschaftlerinnen, Ökonominnen, Expertinnen und Aktivistinnen. Nach dem Rückzug der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle und der neuen Zusammensetzung des Vorstandes im Frühling 2024 ging es darum, Überlegungen anzustellen, wie sich die verschiedenen Arbeitsgruppen von Economiefeministe unter einander austauschen, ihre Arbeit diskutieren und Schwerpunkte festlegen können. Daraus ist die Idee einer Austauschplattform unter dem Namen «Spinnboden» entstanden, die für regelmässige Treffen mit Vertreterinnen von den Arbeitsgruppen, des Vorstandes und der Geschäftsstelle angedacht ist.

Im Weiteren haben die Arbeitsgruppen von Economiefeministe ihre Arbeit fortgesetzt. Der Fokus des Themas Altersvorsorge war beeinflusst von zwei Volksabstimmungen in der Schweiz, namentlich für eine 13. AHV-Rente und für eine Gesetzesrevision der beruflichen Vorsorge (Pensionskasse). Darüber hinaus wurde an den Themen Feministische Politische Ökonomie, Finanzierbarkeit von Sorge und Versorgungsarbeit, Staat und private Haushalte, Statistik, über neue Erkenntnisse zur unbezahlten Arbeit in Deutschland, gearbeitet. Zudem konnte eine Lesegruppe zu Jobgarantie und Grundeinkommen und ein Kurs zu Gender Budgeting angeboten werden. Schliesslich haben auf Einladung einzelne Mitstreiterinnen von Economiefeministe an verschiedenen Veranstaltungen partizipiert. Dabei konnten sie Ziele von Economiefeministe und ihr Wissen einbringen.

Wir danken allen Beteiligten und Unterstützerinnen für ihre grossen und kleinen Beiträge in Form von Arbeit, Zeit oder Geld zum weiteren Aufbau und Gelingen des Projekts. In relativ kurzer Zeit konnte eine beachtliche Anerkennung geschaffen werden.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle von Economiefeministe
Danielle Axelroud, Theres Blöchlinger, Ursula Scheidegger, Ursula Schmid, Doris Schumacher, Regula Weber, Therese Wüthrich.

Berichte aus Arbeitsgruppen und Projekten

Altersvorsorge

Die Arbeit zum Thema Altersvorsorge war im Jahr 2024 stark geprägt von den beiden Volksabstimmungen in der Schweiz, einerseits für eine 13. AHV-Rente, eine Initiative der Gewerkschaften und andererseits die Abstimmung über eine Reform der beruflichen Vorsorge, BVG (Pensionskasse). Im Vorfeld zu diesen beiden Abstimmungsvorlagen wurde von der Arbeitsgruppe je ein Faktenblatt verfasst.

Mit dem Faktenblatt für die 13. AHV-Rente haben Danielle Axelroud, Mascha Madörin, Lirija Sejdi und Therese Wüthrich versucht, das Thema Altersvorsorge, im speziellen für einen Ausbau der AHV, feministisch anzugehen. Mit anderen Worten, es darf nicht nur um das Geld gehen, sondern es muss auch über die Zeit gesprochen werden. In Textabschnitten wird argumentiert, dass höhere AHV-Renten für Frauen nötig sind. Zudem wird die Frage der Finanzierung behandelt und ein Vergleich der sozialen Sicherung in ausgewählten europäischen Ländern und Regionen angestellt.

Anlässlich der Jahresversammlung 2024 wurde im zweiten Teil das Thema 13. AHV-Rente mit Beiträgen von Lirija Sejdi über Kampagne und Abstimmungsresultate, über Einkommenslücken im Alter von Danielle Axelroud und über positive und negative Punkte der Ergänzungsleistungen von Tabea Kaderli präsentiert und zur Diskussion gestellt.

«BVG-Reform 2024: Schlechter statt besser für Frauen», so der Titel des Faktenblattes, das von Danielle Axelroud, Lirija Sejdi und Therese Wüthrich erarbeitet und verfasst wurde. Da die berufliche Vorsorge vom System her ein Ansparen von Altersguthaben, gekoppelt an die Erwerbstätigkeit, darstellt – im Gegensatz zum Umlageverfahren bei der AHV –. wird mit dem Faktenblatt vor allem Kritik am System und an der Reform geübt. Ein grosser Mangel der beruflichen Vorsorge ist das Fehlen von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften (analog zur AVH), was mit der Reform weitergeführt wird. Darüber hinaus bietet die Reform der beruflichen Vorsorge keine Lösung für Teilzeitarbeit und Mehrfachbeschäftigungen. Mit dem Faktenblatt wird zudem versucht darzustellen, dass mit dieser Reform vor allem die Finanzindustrie und Versicherungen die Gewinner sind.

Die beiden Faktenblätter wurden mittels Newsletter verbreitet und auf die Website gestellt. Aus verschiedenen Rückmeldungen haben wir erfahren, dass diese Faktenblätter mit grossem Interesse gelesen wurden. Teilweise wurde sogar die Argumentation übernommen, insbesondere in gewerkschaftlichen wie in links-grünen politischen Kreisen.

Feministische Politische Ökonomie

Die Arbeitsgruppe wurde Mitte 2022 von Mascha Madörin und Christine Rudolf aus der Projektarbeit «Wie Sorge- und Versorgungsarbeit künftig finanzieren?» gegründet. Im Jahr 2024 hat Mascha die Leitung der AG abgegeben. Die AG setzt sich aus Mitgliedern der Plattform Economiefeministe und gezielt angesprochenen Fachfrauen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen.

Ziel der Arbeit ist die Weiterentwicklung der feministischen Ökonomischen Theoriebildung. Die Treffen finden auf Basis von ausgewählter Lektüre, die zuvor gemeinsam ausgesucht wurde, statt. Der inhaltliche Schwerpunkt wird für eine bestimmte Weile festgelegt. Im Jahr 2024 fanden vier inhaltliche Treffen statt.

Im Weiteren wurden die Themen «Ökonomik des Versorgens mit Gütern und Dienstleistungen», auf der Grundlage des Ursprungstextes von Marilyn Power «Social provisionig as a starting point of feminist economics» (Feminist Economics 10 (3), 2004), und unter dem Titel Soziale Infrastruktur «As power: Toward a new cosmology of capitalism» (Artikel von Shimshon Bichler und Jonathan Nitzan) vertieft auseinandergesetzt.

Als Einstieg beschäftigte sich die AG mit Fragen der physischen und sozialen Infrastruktur: Beide Fragestellungen sind für Frauen wichtig. In ihren Lebenssituationen mit Sorgeverantwortung und Haushaltsführung sehen sich Frauen häufig damit konfrontiert.

Im Gegensatz dazu fokussierte sich die Diskussion bei der Frage der sozialen Infrastruktur, ob sie einen Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse wie in Bezug auf die Verteilung der unbezahlte Care Arbeit hat.

In der letzten Sitzung hat sich die AG mit einer Rohfassung von Mascha Madörins Artikel zur Wirtschaftsstruktur der Schweiz «Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil eines globalisierten Landes - der Fall Schweiz» auseinandergesetzt. Der Beitrag ist erschienen in «Schweizer Kapitalismus» herausgegeben von Arman Spéth, Dominic Iten und Lukas Brügger, mandelbaum verlag Wien, 2025

Gender Budgeting

Economiefeministe hat immer wieder Anfragen zum Thema Gender Budgeting erhalten. Deshalb haben Dr. Christine Rudolf und Dr. Ursula Scheidegger von der Arbeitsgruppe im Oktober und November 2024 einen Kurs zum Thema Gender Budgeting angeboten. Der AG ist dieses Thema ein grosses Anliegen, denn die Finanz- und Fiskalpolitik kann einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern leisten.

Wegen der unterschiedlichen Positionen von Frauen und Männern in der Gesellschaft, können finanzielle Entscheide bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärken oder verringern. Geldpolitik ist nie geschlechtsneutral.

Mit Analysen haben die Kursleiterinnen die unterschiedlichen Auswirkungen der Geld- und Fiskalpolitik in den Fokus des Kurses gestellt, damit auf der Grundlage von ökonomischem Wissen nach alternativen Strategien gesucht werden kann. Geldpolitik kann zu einer mehr sorgebezogenen und geschlechtergerechteren Wirtschaft beitragen und ist damit auch ein Instrument der Gleichberechtigung.

Zur Einführung des ersten Kursabends haben die Leiterinnen von Economiefeministe mit einem kurzen Überblick der historischen Entwicklung des Gender Budgeting und anschliessend mit grundsätzlichen Fragestellungen zu Gender Budgeting anhand von Daten in der Schweiz das Thema vorgestellt. Der Fokus war auf dem Zusammenhang von öffentlichen Finanzen und Frauen – nicht nur in Bezug auf Geld –, sondern auch auf verfügbare Zeit gelegt. Das Ziel war aufzuzeigen, wie Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, einen Einfluss auf die persönlich gewählte Lebensführung haben.

Am zweiten Abend haben die Kursleiterinnen Beispiele von Gender Budgeting vorgestellt, die bereits bestehen oder abgeschlossen worden sind. Zudem gibt es verschiedene Möglichkeiten, öffentliche Gelder geschlechtersensibel einzusetzen. Deshalb wurden Strategien wie Möglichkeiten präsentiert und diskutiert, welche die unterschiedlichen Ansätze von Gender Budgeting bieten.

Die Geldpolitik kann die Ungleichheit der Geschlechter über verschiedene Kanäle beeinflussen. Zum Beispiel kann eine Änderung des Leitzinses und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Löhne das geschlechtsspezifische Lohngefälle verändern. Der Verlust von Arbeitsplätzen trifft in der Regel Frauen mehr, weil sie weniger Flexibilität beispielsweise bei der Ortswahl eines Arbeitsplatzes haben, weil sie Pflegeverantwortung tragen. Höhere Zinssätze erhöhen auch die Kreditkosten für die Regierung, was in der Regel zu Sparmassnahmen führt. Sparprogramme treffen Frauen unverhältnismässig stärker, weil Einsparungen an öffentlicher Infrastruktur Arbeit in die privaten Haushalte verlagert – dort tragen Frauen die Hauptlast der Arbeit. Kürzungen bei Sozialtransfers treffen Frauen vor allem im Alter überproportional, weil sie auf Grund von geringeren selbsterwirtschafteten Alterseinkünften viel stärker von solchen Kürzungen betroffen sind.

Eine feministisch geldpolitische Agenda braucht eine viel grössere Sensibilisierung für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auf kommunaler Ebene prüft eine Gemeinde ihr Budget nachfolgenden Kriterien: Was hat das Gemeindebudget für eine Auswirkung auf Frauen? Wer profitiert von den einzelnen Budgetposten? Wer ist auf bereitgestellten Dienstleistungen des Staats angewiesen? Auf wen fallen welche Arbeiten zurück, wenn das Budget gekürzt wird? Wie wirkt sich das Budget auf die beruflichen Möglichkeiten von Frauen aus?

Welche Investitionen in die soziale Infrastruktur und in Dienstleistungen sind für die Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter von entscheidender Bedeutung? Es braucht regelmässige Gutachten zu den Auswirkungen der Geld- und Fiskalpolitik auf Frauen auf allen politischen Ebenen. Gender Budgeting ist ein fortlaufender Prozess.

Jobgarantie und Grundeinkommen

An drei Abenden im Januar 2024 konnte unter der Leitung von Gudrun Kaufmann, Ursula Scheidegger und Therese Wüthrich eine fachliche Einführung im Rahmen einer Lesegruppe zu Jobgarantie und Grundeinkommen durchgeführt werden. Grundlagen für den Kurs waren das Buch von Pavlina Tcherneva «Plädoyer für eine Jobgarantie» und verschiedene Artikel zum bedingungslosen Grundeinkommen aus Deutschland und der Schweiz. Die Auseinandersetzung mit den beiden unterschiedlichen ökonomischen Ansätzen und Argumentationen wurde im Kontext von feministischen wirtschaftspolitischen Konzepten diskutiert. Beide Vorschläge, Grundeinkommen und Jobgarantie, werden häufig als Lösung für dieselben Probleme beschrieben – wie zum Beispiel die zunehmende Unsicherheit, wachsende Ungleichheit, Armut und Erwerbslosigkeit. Wobei die Reformvorschläge meist als konkurrierend verstanden werden. Daneben gibt es Autor:innen, die eine Vereinbarkeit beider Vorschläge betonen. Ausserdem kann überlegt werden, welche flankierenden Massnahmen den Erfolg eines Grundeinkommens oder einer Jobgarantie beeinflussen könnten. Ziel war es, mit der Lesegruppe die Argumente für und gegen beide Ansätze genauer anzuschauen und zu hinterfragen.

Zur Jobgarantie

Gemäss Pavlina Tcherneva sollten alle, die nach bezahlter Arbeit suchen, auch eine bekommen und zwar zu einem existenzsichernden Lohn mit regulären Sozialleistungen. Gerade im Bereich der Care Arbeit gibt es viel Sinnvolles und Wichtiges zu tun wie Menschen, die diese Arbeit auch tun wollen, aber es fehlt an der Finanzierung. Eine staatliche Jobgarantie könnte dies ändern und würde weitere Vorteile bringen. Eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen persönlichen Folgen, wie Ungewissheit, Stigmatisierung, Stress, psychische Belastung und Ausgrenzung könnten reduziert werden. Der Staat hat Möglichkeiten mit gutem Beispiel voranzugehen: über ausreichende Löhne, die die Lebenskosten decken und guten Arbeitsbedingungen. Damit liessen sich prekäre Situationen und Unterstützungszahlungen (Ergänzungszahlungen) reduzieren. Gesellschaftliche und private Kosten von ungesunden Arbeitsbedingungen könnten eingedämmt werden. Initiativen und Entscheidungen sollen auf lokaler Ebene stattfinden, nicht nur um den Bedürfnissen von lokalen Gemeinschaften Rechnung zu tragen, sondern auch, um freiwilligen Individuen (Ehrenamtlichen), privaten Organisationen und NGOs, die nicht zuletzt einen Beitrag zur bestehenden Infrastruktur leisten. All die verschiedenen Organisationen

sollen zu unserem Lebensstandard beitragen und darüber hinaus die häufig fehlende staatliche Bereitstellung ergänzen. Oft sind mangelnde finanzielle Ausstattung, knappe Finanzen und die Abhängigkeit von der Bereitwilligkeit Einzelner ein Problem, das zu fehlender Kontinuität und unter Umständen gerade bei den unentbehrlichen Aspekten der Sorgearbeit zu einer Unterversorgung führt.

Zum bedingungsloses Grundeinkommen

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist ein alternativer Reformvorschlag, der wachsende Aufmerksamkeit erhält, dabei aber nach wie vor kontrovers diskutiert wird. Das Konzept sieht vor, dass alle Menschen eine regelmässige und bedingungslose Geldzahlung erhalten, ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Arbeitszwang. Diese Idee ist längst kein akademisches oder zivilgesellschaftliches Nischenthema mehr, sondern wird mittlerweile von politischen Entscheidungsträger:innen und globalen Institutionen wie der UN oder Weltbank als ernstzunehmender Reformvorschlag behandelt. Befürworter:innen verweisen auf vielfältige Vorteile, die über eine Reduktion von Armut und mehr finanzieller Unabhängigkeit hinausgehen (siehe z.B. die Freiburger Thesen, https://www.fribis.uni-freiburg.de/wp-content/uploads/2022/09/Freiburger-Thesen-BGE-_22.08.pdf). Gleichzeitig bestehen in der öffentlichen Debatte sowie in der Forschung weiterhin sehr unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Realisierbarkeit, der geeigneten Art der Einführung, der Kombination mit anderen Massnahmen sowie der langfristig erwartbaren makroökonomischen Auswirkungen. Skeptische Stimmen bemängeln, dass das Grundeinkommen nicht das Problem der grossen Ungleichheit lösen könne. Umstritten ist auch, inwieweit Grundeinkommen emanzipatorisch wirken würde und zum Beispiel über die Stärkung der Verhandlungsposition helfen könnte, die ungleiche Verteilung der Care Arbeit in privaten Haushalten zu verringern. Seit einiger Zeit wird besonders von feministischen Stimmen gefordert, Grundeinkommen zusammen mit einem Ausbau der sozialen Infrastruktur zu kombinieren. Aus Grossbritannien kommt der Vorschlag der UBS (Universal Basic Services), von einigen als bessere Alternative zum Grundeinkommen bezeichnet, von vielen aber als sinnvolle komplementäre Politik.

Es geht um Fragen, wie sich eine Gesellschaft organisiert, damit die notwendigen Tätigkeiten erbracht werden und alle ausreichend abgesichert sind. Also Fragen der Bereitstellung, Koordination und Kooperation: Was braucht es dafür?

- Kombination aus mehreren Ressourcen: Geld, Zeit und soziale Dienstleistungen;
- Überwindung der vorherrschenden Austeritätspolitik, die der öffentlichen Finanzierung im Wege steht.

Staat und private Haushalte

Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit im Herbst 2024 aufgenommen. Sie setzt sich zusammen aus Danielle Axelroud, Christine Rudolf, Louisa Roos und Carola Eckstein. Die AG wird regelmässig im Newsletter auf ihre Arbeit hinweisen, in der Hoffnung mehr zu werden. Eine Gruppe von zehn Menschen wäre eine gute Arbeitsgrundlage. Die AG trifft sich für ihre Arbeit einmal pro Monat. Die Vorbereitungen können sehr unterschiedlich sein, wie zum Beispiel lesen von Texten, konsultieren von Statistiken. Danach werden die Vorbereitungsarbeiten verteilt. Bei den Treffen werden die Inhalte gegenseitig präsentiert.

Bisherige Themen waren die ökonomische Perspektive von Hausarbeiten. Welche Theorien gibt es dazu oder wie werden sie behandelt? Der Haushalt als Produktionsort, oder Hausarbeit als Teil des Einkommens, das in den Haushalt investiert wird oder Hausarbeit als Steuer, die Menschen, die sie leisten davon abhält, einer Erwerbsarbeit nachzugehen? Ausserdem verfolgt die AG das Experiment eines Einkommens für ökologischen Transition im Kanton Waadt.

Der nächste Aspekt, mit dem sich die AG befassen will, ist, aus der Perspektive der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein Blick auf die Institutionen zu werfen, um mit unseren feministischen Fragen die Geldtheorie und ihre Antworten kritisch zu prüfen.

Statistik

Anfangs 2024 wurde das Faktenblatt «Generationen der Ungleichheit» von Louisa Roos realisiert, das im Frühling im Newsletter angekündigt wurde. Für weitere Faktenblätter hat Mascha Madörin ihre Arbeit zu den vier Einkommenslücken als Entwurf intern zur Diskussion gestellt. Als Grundlage diente eine Analyse der AHV-pflichtigen Erwerbseinkommen von 1978 bis 2019. Etliche Diskussionen löste der Teil des Textes aus, der den Bezug zu weiteren gesamtwirtschaftlichen Grössen darstellen sollte. Mascha Madörin wird diesen Teil überarbeiten, nachdem sie vertiefter über Fragen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gearbeitet hat. Mit diesen Erkenntnissen wird sie ein Kursangebot für Anfang 2025 ausarbeiten.

Ansonsten hatte die AG Statistik, die sich aus Louisa Roos, Danielle Axelroud und Mascha Madörin zusammensetzt, keine weiteren Projekte für das Jahr 2024 vorgesehen. Trotzdem gab es einen Austausch über verschiedene statistische Fragen und Informationen über interessante Veröffentlichungen. Das Thema Einkommenslücke, sei es als gesamtwirtschaftliche Einkommenslücke oder als pro-Kopf-berechnet, ist alles andere als statistisch ausgeschöpft.

Im Sommer 2025 werden neue Zahlen zur unbezahlten Arbeit erscheinen, was von Economiefeministe sehr begrüsst wird. Die letzten Zahlen stammten von 2020, dem COVID-19-Jahr. Die Resultate dieser Erhebung zeigen eine etwas ungewöhnlichen Verschiebungen der Daten im Vergleich zu 2016. Es lässt sich nicht herauslesen, ob die Zahlen pandemiebedingt auf Grund des Lock-Downs entstanden sind oder einer Tendenz entsprechen. Economiefeministe ist sehr gespannt auf die kommenden Veröffentlichungen.

Zur unbezahlten Arbeit in Deutschland: neue Erkenntnisse

Christine Rudolf und Verena Löffler haben die unbezahlte Arbeit nach Geschlecht in Deutschland für die Jahre 1991 bis 2021 und die daraus resultierende Bruttowertschöpfung für die Jahre 2012 bis 2021 berechnet.

Ihre Arbeit fusst auf einer Auswertung der Daten des Sozio-ökonomische Panels (SOEP) des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Darin werden seit 1984 jährlich knapp 30.000 Menschen in 15.000 Haushalten in Deutschland befragt. Die Befragung wird als repräsentativ gewertet. Durchgeführt wird das SOEP durch eine forschungsbasierte Infrastruktureinrichtung am DIW. Innerhalb des Fragebogens, der sich mit verschiedenen Aspekten des gesellschaftlichen Wandels befasst, wird auch nach der Zeitverwendung in Bezug auf die unbezahlte Arbeit gefragt. Auf dieser Grundlage ermittelten sie die jährlichen unbezahlten Arbeitsstunden in Deutschland (Faktenblatt Löffler 2024). Unter Hinzunahme von Daten der Bundesagentur für Arbeit (2024) und des Statistischen Bundesamts Deutschland berechneten sie anschliessend die Bruttowertschöpfung der unbezahlten Arbeit in diesem Zeitraum (Faktenblatt Rudolf 2024). Ziel war es, die Grössenordnung der unbezahlten Arbeit und ihre geschlechtliche Verteilung sowie ihr ökonomisches Gewicht im Vergleich zur bezahlten Arbeit zu verdeutlichen.

Ihre Arbeit verdeutlicht, dass aus feministischer Perspektive vor allem drei Gründe für eine standardisierte jährliche Erfassung der Sorge- und Versorgungswirtschaft sprechen. Erstens verschaffen Fassung und Aufnahme eines vierten Sektors im BIP einen Überblick über die Situation der privaten Haushalte und die Arbeit, die dort überwiegend von Frauen geleistet wird. Zweitens ermöglicht die Erhebung die Untersuchung eines bisher wenig beleuchteten Grundes für Altersarmut: die Arbeit, die unbezahlt geleistet wird. Drittens ermöglicht die Zeitreihenbetrachtung dieses vierten Sektors die Analyse von Verschiebungen zwischen dem bezahlten und dem unbezahlten Teil der Sorge- und Versorgungswirtschaft, wie er zum Beispiel während der Pandemie in grossem Umfang erfolgte, aber auch zuvor in der Tendenz bereits zu erkennen war.

Berechnungen der Bruttowertschöpfung der unbezahlten Arbeit in Österreich

Christine Rudolf hat für Österreich anhand der Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes Österreich und den Medianbruttolöhnen (finanz.at) die Bruttowertschöpfung in Österreich für das Jahr 2022 ausgerechnet. Dabei hat sich gezeigt, dass Österreich neben der Schweiz und Deutschland beim Umfang der unbezahlten Arbeit von Frauen in Europa eine unrühmliche Spitzenposition einnimmt. Die Wertschöpfung beträgt 44 Prozent des BIPs.

Aus dieser Berechnung hat sich eine Diskussion mit dem Momentum Institut entwickelt, das ebenfalls die Bruttowertschöpfung der unbezahlten Arbeit mit denselben Zeiterhebungsdaten berechnet hatte und auf einen Wert von 23 Prozent des BIP besteht. Die inhaltlich interessante Debatte wird vermutlich in den nächsten Wochen im AWBlog (awblog.at) veröffentlicht. Dabei geht es wie so oft um die Lohnhöhe der unbezahlten Arbeit. Aber auch um die Zahl der Menschen auf die sich der Lohn und die Arbeit bezieht.

Frauen und Steuern in Deutschland

Christine Rudolf beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit der geschlechtergerechten Besteuerung in Form von Lohn- und Einkommenssteuer in Deutschland. Durch eine erstmalige Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes Deutschland für das Jahr 2020 (Pressemitteilung Nr. 287 vom 26. Juli 2024) konnte sie nun ihre seit langen Jahren gehegte Vermutung, dass Frauen gemessen an ihrem Einkommen mehr Steuern bezahlen als Männer, wenn sie in einem Paarhaushalt leben, dass die Steuerklassenkombination 3/5 gewählt hat. Im Rahmen des Instituts CloseEconDataGap fand dazu am 19. September 2024 eine gut besuchte Online-Veranstaltung statt.

Wie Sorge- und Versorgungsarbeit künftig finanzieren?

Die Arbeit der Projektgruppe wurde bis zum Sommer 2024 fortgeführt. Danach hat sich die Projektgruppe aufgelöst. Als Arbeitsgemeinschaft wird sie zukünftig zu einzelnen Themen weiterarbeiten.

Nach wie vor besteht die AG Feministische Politische Ökonomie und die AG Altersvorsorge, die eigenständig jeweils einen Bericht präsentieren. Neu gegründet im Jahr 2024 wurde die AG Statistik und die AG Staat und private Haushalte. Darüber hinaus wurde ein Kursangebot zum Thema Gender Budegting ins Leben gerufen.

Die inhaltliche Arbeit der Projektgruppe im ersten halben Jahr war die Entwicklung eines Planes in thematischer und organisatorischer Perspektive, die nach dem Weggang der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle und den Anforderungen der Geldgeberin notwendig geworden sind, um die Zukunft des Vereins und die bisher geleistete Arbeit sicherzustellen.

Daneben wurden einerseit unter der Federführung von Mascha Madörin und andererseits den Berechnungen von Louisa Roos mehrere Faktenblätter zu unterschiedlichen Aspekten der Einkommenslücke in der Schweiz auf der Website veröffentlicht, ergänzt mit einem europäischen Vergleich von Christine Rudolf..

Mittels Vorträgen und Interviews in verschiedenen Teilen der Schweiz konnten wir sowohl unseren Wissenstand weitergeben wie auch vertiefen.

Economiefeministe in Zahlen

Eigenleistungen

Das Nebeneinander von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die damit zusammenhängenden Fragen nach Gerechtigkeit sind nicht nur in der feministischen Ökonomie zentral, sondern auch innerhalb der Organisationsstruktur von Economiefeministe sowie in der Zusammenarbeit mit Forscherinnen, Aktivistinnen, Gruppen und Organisationen.

Economiefeministe wäre nicht denkbar ohne unzählige Stunden unbezahlter Freiwilligenarbeit im Vorstand, in der Projektarbeit und auf der Geschäftsstelle.

Eigenleistung Arbeitsgruppen und Projekte
1200 Stunden

Eigenleistung Vorstand und Geschäftsstelle
550 Stunden

Total Eigenleistungen
1750 Stunden

Die Erfassung der Eigenleistung erfolgte mittels Selbstdeklaration.

Reichweite

Die Reichweite unserer Kommunikationskanäle Newsletter und Website blieb auf hohem Niveau stabil. Regelmässig gibt es Anfragen für Mitwirken an Veranstaltungen, Tagungen und Bildungsangeboten.

BILANZ per 31.12.2024

	2024 in CHF
AKTIVEN	
Umlaufvermögen	
Flüssige Mittel	78‘809
Übrige Forderungen	4742
Aktive Rechnungsabgrenzung	437
TOTAL AKTIVEN	**83‘988**

PASSIVEN	
Fremdkapital	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0
Übrige Verbindlichkeiten	0
Passive Rechnungsabgrenzung	6‘465
Diverse Rückstellungen	0
Übersetzungsfonds	10‘382
Total Fremdkapital	16‘847
Total Vereinsvermögen	67‘141
TOTAL PASSIVEN	**83‘988**

Kommentar zur Jahresrechnung 2024

Economiefeministe schliesst die Jahresrechnung 2024 mit einem Jahresverlust von -56 100 Franken ab.

Auf der Ertragsseite durften wir 5 715 Franken an Spenden verbuchen.

Durch die Umstrukturierung der Geschäftsstelle sind die Kosten gegenüber dem Vorjahr markant gesunken. Projektaufwand und Personalkosten belaufen sich zusammen auf 113 815 Franken. Ein Anteil der Rückstellungen von 52 000 wurde aufgelöst.

Das Vereinsvermögen per 31. Dezember 2024 beträgt 67 141 Franken.

Für die Spenden bedanken wir uns herzlich. Insbesondere freuen wir uns über die Zusicherung einer Grosspende. So kann die Arbeit von Economiefeministe in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

BETRIEBSRECHNUNG 2024

	2024 in CHF
ERTRAG	
Freie Spenden	5’540
diverse Erträge	175
Projekteinnahmen u. Honorare	-
TOTAL ERTRAG	**5‘715**

AUFWAND	
Honorare Projekte	-16’884
Personalkosten Projekte	-
verschiedene Projektkosten	-6’501
Total Projektkosten	**-23’385**

Personalkosten Geschäftsführung und Verwaltung	-69’367
Mandate	-8’134
OE-Prozess / Finanzierungsstrategie	-
Betrieblicher Aufwand	-12’929
Total Betriebskosten	**-90‘430**

TOTAL AUFWAND	**-113‘815**

Ergebnis vor periodenfremdem Ertrag	**-108‘100**

Periodenfremder Ertrag	
Auflösung Rückstellungen Projekte	18’500
Auflösung Rückstellungen Personal	13’500
Auflösung Rückstellungen Finanzierungsstrategie	20’000
TOTAL PERIODENFREMDER ERTRAG	**52‘000**

JAHRESVERLUST	**-56‘100**

Faktenblätter 2024

https://economiefeministe.ch/faktenblaetter

- Bruttowertschöpfung von unbezahlter Arbeit. Jährliche Berechnung für Deutschland 2012 bis 2021 anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels.
- BVG-Reform 2024: Schlechter statt besser für Frauen.
- Einkommenslücke: Generationen der Ungleichheit. Aggregierte Geschlechtsspezifische Einkommenslücke AGEL und Care-Lücken nach Altersgruppen.
- Frauen und die 13. AHV-Rente: Was wir wissen müssen. Für 90 Prozent der Rentner:innen ist die AHV ein wesentlicher Beitrag ihres Alterseinkommens.
- Unbezahlte Arbeit: Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege. Jährliche Berechnung für Deutschland von 1991 bis 2021

Newsletter 2024

- Eine 13. AHV-Rente ist dringend notwendig! Februar
- Zum 8. März, dem internationalen Tag der Frau, März
- BVG-Reform 2024: Schlechter statt besser für Frauen, August
- Zur unbezahlten Arbeit von Frauen in Deutschland, September
- EFAS und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, November
- Auf ins neue Jahr mit Themen zur feministischen Ökonomie, Dezember

Veranstaltungen extern 2024

- 25. Januar: présentation de la 13e rente pour le PS de Nyon avec Danielle Axelroud..
- 10 février au Locle: Union syndicale cantonale neuchâteloise Journée syndicale de formation et réflexion, Les femmes et l'AVS Pourquoi l'AVS est-elle importante pour les femmes? AVS 21: l'arnaque avec Danielle Axelroud.
- 21. März: Forum der Sektion Bern des Business-Frauennetzwerkes FOKA zum Thema «Frauen und Altersvorsorge» mit Therese Wüthrich.
- 5 septembre: participation à la présentation du comité unitaire contre la réforme LPP à Lausanne avec Danielle Axelroud.
- 19. September: «Frauen und Steuern in Deutschland, ein Skandal», Expertinnengespräch mit Christine Rudolf.
- 21. September: Veranstaltung mit Diskussionspanels des Vereins Femmes Sapiens in Brugg unter dem Titel «Who cares? Wen kümmert's? Uns kümmert's!» mit Danielle Axelroud www.chriscollet.com/post/kostenlose-care-arbeit-femmes-sapiens
- 15. November: Bildungsveranstaltung der SEV-Frauen (Gewerkschaft des Verkehrspersonals) «Update zur Rentenreform und die Auswirkungen auf mein Leben» in Bern mit Therese Wüthrich
- 25 novembre à Lausanne: Perspectives féministes sur les retraites pour SolidaritéS, avec deux membres de la grève féministe Vaud